

Bulgarien: Thraker Autobahn als Durchbruch balkanischer Infrastruktur

Während die Gesamtwirtschaft anzieht bei weiterhin hohem, ungelösten Konsolidierungsdruck der bulgarischen Wirtschaft, so wird durch die hemdsärmelige Regierung von Ministerpräsident Borisov (vgl. Foto) die wichtigste Autobahn des Landes endlich fertig geplant.

Mit einem Anstieg des Geschäftsklimaindexes um 4,4 % und der Konsumfreude um 6,4 % seit Januar sowie einem Anstieg des Exports um sogar 12 % seit 2009 sieht die bulgarische Volkswirtschaft besseren Zeiten entgegen. Sogar die Beschäftigung sank seit Anfang des Jahres leicht von 10,2 auf nunmehr 9,9 %.



Zwar stehen Kürzungen der öffentlichen Verwaltung von bis zu 20 % noch in diesem Jahr an. Verglichen mit Rumänien ist dies dann noch mäßig (vgl. unseren Beitrag in diesem Newsletter). Zugleich setzt die Regierung auf eine Steigerung des Investitionshaushaltes. Damit wird ein stetiges Ärgernis für Bevölkerung, Touristen und Transitreisende beseitigt: die Autobahn zwischen Sofia und Varna als West-Ost-Achse des Balkanlandes. Zwei Lose gehen in diesen Tagen in die Ausschreibung.

Heute wird eingeräumt, dass das Projekt der Thraker Autobahn durch politische Rängeleien in der Vergangenheit immer wieder willkürlich verzögert worden war.

Moldau: EU sichert institutionelle Entwicklung und Annäherung an eigene Standards

Der Repräsentant Dirk Schübel der Europäischen Union in Chisinau, Moldau (vgl. Foto), hat nun Umfang und Verwendung der direkten EU-Mittel für die Annäherung des Landes an die EU erläutert. Demnach wächst die jährliche Finanzierung aus Brüssel von bisher 66 (2007 bis 2010) auf nunmehr 91 Mill. € pro Jahr. Die Mittel stehen für die institutionelle Modernisierung zur Verfügung. Dazu gehören die Transparenz der öffentlichen Verwaltung, die Entwicklung des Rechtsstaats sowie z.B. auch der Annäherung zwischen dem separatistischen Transnistrien und dem Mutterland Moldau. Für dieses Ziel werden immerhin 15 % der Mittel verwendet.

Rumänien: Drakonisches Sparprogramm

Präsident Basescu (Foto) hat Mitte Mai notwendige erscheinende Sparmassnahmen angekündigt. Das Gesamtbudget für den öffentlichen Dienst wird ab Juni (oder dann spätestens ab Juli) um 25 Prozent gekürzt und die Renten bzw. alle anderen sozialen Leistungen um 15 Prozent. Damit unterstützt der Präsident öffentlichkeitswirksam die schon angeschlagene bürgerliche Regierung von Ministerpräsident Boc. Die vom IWF vorgeschlagene Alternative der Steuererhöhung (Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent und Einkommensteuer von 16 auf 20 Prozent) wurde in den stattgefundenen Verhandlungen abgelehnt. Die Arbeitgeberverbände unterstützen grundsätzlich das Sparpaket, die Gewerkschaften kündigen aber massive Proteste an; die Wahrscheinlichkeit eines Generalstreiks ab Juni wächst somit erheblich. Die Rentenkürzung sollte vorläufig bis Jahresende gelten. Wenn es bis dahin zu einem wirtschaftlichen Aufschwung komme, werde man diese Kürzung schrittweise rückgängig machen.



Dacia: „Mini Sandero“ geplant: Die Geschäftsführung von Dacia Automobile bestätigt die Vorbereitung eines Stadtminis, Dacia City genannt, noch kompakter als das jetzt erfolgreiche Modell Sandero (Foto) und ca. 20 bis 30% günstiger. Mit diesem neuen Modell will Dacia auch in den Kleinwagenmarkt vorstossen. Trotz schwieriger Umstände ist Dacia weiterhin weltweit erfolgreich, die Modelloffensive könnte sich auch mit einer Mittelklasselimousine fortsetzen. Das im März vorgestellte SUV-Modell Duster konnte erwartungsgemäss einen erfolgreichen Start hinlegen: Insbesondere in Rumänien, Frankreich und Spanien ist die Nachfrage besonders hoch.

Türkei: engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland vereinbart



Bei ihrem Besuch in der Türkei hat Bundeskanzlerin Angela Merkel intensive Gespräche mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan geführt. Die von einer starken Wirtschaftsdelegation begleitete Kanzlerin und ihr türkischer Amtskollege vereinbarten eine Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. Man wolle die bestehenden guten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen weiter ausbauen. Auch im Streit um die von Erdogan geforderte Einrichtung türkischer Gymnasien in Deutschland kam es zu einer Annäherung. Wenn Deutschland Auslandsschulen in anderen Ländern - zum Beispiel in der Türkei - habe, dann könne natürlich auch die Türkei Schulen in Deutschland haben, so Merkel. Entscheidend sei, dass die Schüler dort beide Sprachen erlernten, denn Voraussetzung für gute Integration sei die deutsche Sprache.

Spelleken Assoc. arbeiten von Istanbul aus mit der deutsche geführten und erfahrenen Industrieconsulting FMC und arbeiten zurzeit an dem Projekt einer Delegationsreise der Marktsondierung für nordrhein-westfälische Maschinenbauer und Technologie-unternehmen der vor allem ostwestfälischen Ernährungsindustrie. Unser Foto zeigt die Uni von Istanbul.